

Wieland Zumpe
Philipp-Rosenthal-Straße 21
04103 Leipzig
<http://www.paulinerkirche.org>

PDF-Fassung

**Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
Herrn Burkhard Jung
Neues Rathaus**

04109 Leipzig

Unterlassung

Etzoldsche Sandgrube: Verschwendung von Steuergeldern und Fortsetzung von DDR-Staatskriminalität

Leipzig, den 19. Februar 2010

Sehr geehrter Herr Jung,

aus Anlaß des Bachfestes 2007 übergab ich Ihnen persönlich in der Thomaskirche ein Faltblatt zum Thema der Wiederherstellung von Johann Sebastian Bachs Wirkungsstätten. Da es wie bei Ihrem Vorgänger, Wolfgang Tiefensee (SPD), nicht nur langsam Sitte geworden ist, sich nicht näher zu informieren, nachzufragen oder überhaupt zu reagieren, sondern mit Vergeßlichkeit oder Nichterinnernkönnen oder -wollen eine fragwürdige, demokratiegefährdende Praxis geübt wird, erhalten Sie dieses Schreiben direkt in Ihrem Büro.

Anlaß ist Ihre beabsichtigte vorsätzliche Verschwendung von Steuergeldern aus dem Konjunkturpaket II auf der Etzoldschen Sandgrube. Obwohl hochkarätige Wissensträger spätestens seit 1990 im Rathaus sitzen wie der Bürgermeister Andreas Müller (SPD), der schon zu DDR-Zeiten Theologie auch in der Schweiz studierte, und eine Vielzahl ehemaliger SED-Kader, haben Sie vermutlich nicht bemerkt, daß der Hügel der Kulturverbrechen bereits mit Bäumen und Sträuchern gehübscht wurde nebst einer Aussichtsplattform mit eben der Blickachse als „Brückenschlag“, die wie zu SED-Zeiten, wieder „gelingen“ soll. Auch die eingerichteten Sitzgruppen wurden bereits zu DDR-Zeiten abgerechnet und finden sich dort ebenso vandalismugerecht zerlegt in den Büschen wie das Kulturgut darunter. Einer Klangplastik würde es ebenso ergehen. Auf Vandalismus kann man nicht aufbauen.

Dieser Vertuschung sollten Sie nachgehen! Sie erinnert fatal an die sozialistischen Jubel- und Kraftakte zum Belügen der Leipziger Bürger wie 1968, als u.a. auf dem „Fockeberg“ ein „Kosmodrom“ entstehen sollte, während zur gleichen Zeit die innerstädtischen Zerstörungen (u.a. Gewandhaus, Deutrichs Hof, Hotel des Saxe, Meßhaus Union) vorangetrieben wurden.

Es ist abstoßend, wenn im Jahre 2010 die gleichen, vom KGB und dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR hinlänglich bekannten Methoden der Desinformation in Leipzig weiter eingesetzt werden. Schließlich hat gerade Herr Prof. Cornelius Weiss (SPD) den Wiederaufbau der Universitätskirche St. Pauli verschrien, indem er eine Milliarde DM ansetzte. Eine geschichtliche Aufklärung der zweiten deutschen Diktatur hat er als Rektor der ehemaligen „Karl-Marx-Universität“ Leipzig ebenso unterlassen wie die Aufarbeitung der Rekrutierung „kommunistischer Kundschafter“ an der damaligen Sektion Chemie. Und in eben dieser Machart wurde jetzt im Rathaus die Öffnung der Etzoldschen Sandgrube mit Unsummen an Kosten verschrien, damit die Verbrechen der SED möglichst immer noch nicht ans Tageslicht kommen.

Denn es geht eben nicht nur – und das wissen die „Alt-Kader“, besonders in der Stadtverwaltung und darüber hinaus genau – um einen „barbarischen, willkürlichen Akt“, sondern u.a. um Bauteile des Augusteums, des Albertinums, des Johanneums, der Paulinerkirche samt den Keller- und historisch bemalten Gruftbereichen einschließlich Epitaphien, der Gebeine von Toten der Völkerschlacht und selbst den Sarg von Johannes Tetzl. Hier hinein spielt die bedeutendste Raubgrabung der DDR-Geschichte, die Plünderung der Paulinerkirche am Wochenende vor der Sprengung 1968, deren Nutznießer in erster Linie die Hauptabteilung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit (HV A) der DDR war.

Diese unterdrückte Geistesgeschichte, bewährte Baukultur und viele bürgerliche Werte mit Weltgeltung gilt es zu bergen bzw. der Vergessenheit zu entreißen und damit dringend notwendig an historische Leistungen anzuknüpfen, anstatt mit immer neuem Baumüll Leipzig weiter unattraktiver und gesichtsloser zu machen.

Sie müssen als Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und SPD-Mitglied endlich SED-Verbrechen aufklären und mit der bereits untersuchten Öffnung des Schandhügels Kulturwerte wiedergewinnen.

Ich bin direkt angesprochen, nachdem man in der Stadtverwaltung Geschichte weiter vorsätzlich klittert. Deshalb fordere ich die sofortige Aufgabe des staatschädigenden Vorhabens und eine schonungslose Untersuchung. Zugleich fordere ich Aufklärung darüber, wie in der Stadtverwaltung von mir erarbeitetes und zusammengestelltes Material vorsätzlich unterschlagen und dafür willkürlich ohne meine Zustimmung verwendet wird. Hierfür setzte ich eine Frist von 14 Tagen (bis 05.03.2010).

Mit freundlichen Grüßen

Wieland Zumpe

<http://www.leipzig.de/de/buerger/newsarchiv/2009/15853.shtml>